

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIV/28

Bonn, den 10. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>B E R L I N</u> Der Störenfried in Europa bleibt die SED	23
1	<u>Die Leistung ist entscheidend</u> Umfangreiches Arbeitsprogramm des Bundestages	19
2 - 3	<u>Planung der Landesentwicklung in NRW</u> Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	91
4	<u>Wie werden die Weichen gestellt?</u> Es geht um die Zusammenarbeit von Sport und Staat	46
5 - 6	<u>Kommunisten halten Einzug ins Europäische Parlament</u> Veränderte Einstellung zur europäischen Integration? Von Werner Rennew	98

B E R L I N

Der Störenfried in Europa bleibt die SED

sp - Die angekündigten ostberliner Maßnahmen im Zusammenhang mit der Tagung der Bundesversammlung in Berlin, die den neuen Bundespräsidenten zu wählen hat, kommen nicht überraschend; sie lagen gewissermaßen in der Luft. Die Berufung auf das Potsdamer Abkommen wirkt absurd, denn es war das SED-Regime, das sich durch seine Beteiligung an der Invasion der Tschechoslowakei einer schändlichen Aggression schuldig machte und damit die Spannungen anheizte, sich aber auch die Verachtung sogar kommunistischer Parteien zuzog. Wieder maß sich die SED Rechte an, die ihr nicht zustehen und über die andere zu befinden haben. Westberlin gehört eben nicht zur DDR.

Über die Rechtswidrigkeit der von Ostberlin verkündeten Maßnahmen besteht zwischen den demokratischen Parteien Einmütigkeit, auch zwischen der Bundesregierung und den Alliierten. Das hat schon seine Bedeutung und sein Gewicht. Die Frage bleibt allerdings, wie weit Moskau Ulbricht in seinen vom Geist der Unversöhnlichkeit und Schikane diktierten Handlungen gewähren läßt. Schon bei früheren Gelegenheiten mußte Ostberlin erfahren, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon in Westberlin, Beweis der Verbundenheit mit dieser Stadt, dürfte in Moskau als politisches Faktum mehr Beachtung als in Ostberlin finden. Die Sowjetunion dürfte sich den bevorstehenden Dialog mit den mächtigen Vereinigten Staaten gewiß nicht durch Herrn Ulbricht stören oder einengen lassen.

+ + +

Die Leistung ist entscheidend

Umfangreiches Arbeitsprogramm des Bundestages

sp - Der Bundestag, seine Ausschüsse und die Arbeitskreise der Fraktionen haben in dieser Woche ein umfangreiches Programm zu absolvieren. Es geht diesmal hauptsächlich um innenpolitische Probleme: u.a. Raumordnung, Verkehrsfragen, Probleme der Familien- und Jugendpolitik, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Sozialpolitik sowie Mittelstandsfragen. Alles das erfordert von den Abgeordneten ein Höchstmaß von Aufmerksamkeit und Leistung.

Nach der mit Scharmützeln der verschiedensten Art bestückten vergangenen Woche ist zu hoffen, daß man nunmehr die sachliche Arbeit betätigen wird, die der Bürger von seinem Parlament bis zum Abschluß dieser Legislaturperiode erwartet. Dem Vernehmen nach scheint das große Koalitionsgewitter zwar noch nicht vergessen, aber immerhin in den Hintergrund der politischen Bühne geraten zu sein. Das ist gut so.

Meinungsverschiedenheiten müssen auch zwischen Koalitionspartnern ausgetragen werden, die sachliche Arbeit darf jedoch darunter nicht leiden. Das Parlament eines demokratischen Staates ist in vieler Beziehung ein Ebenbild des allgemeinen Lebens. Auch hier gibt es Konflikte, für die Lösungen gefunden werden müssen, wenn am Ende eine Leistung stehen soll.

+ + +

Planung der Landesentwicklung in NRW

Von Heinz Kühn,

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen befindet sich in der glücklichen Lage, in der Planung - und zwar der Landesplanung wie der Planung für einzelne Fachbereiche - recht weit vorgeschritten zu sein. Auf dem Gebiet der Landesplanung gibt es das Entwicklungsprogramm, den Landesentwicklungsplan I sowie den Landesentwicklungsplan II. Dieser ist zwar nicht formell endgültig aufgestellt. Er hat jedoch - wie der erste Plan die Verdichtungsgebiete und die zentralen Orte in den ländlichen Zonen - nunmehr die Entwicklungsschwerpunkte und die Entwicklungsachsen zum Gegenstand. Auf dem Gebiet der Fachplanung haben wir ein ganzes Bündel von Plänen: den Ausbauplan für die Landstraßen, die fortgeschriebenen Mehrjahrespläne für die Wasserwirtschaft, die Schulprogramme. Wir haben also reelle Vorstellungen darüber, in welchen Orten zu fördern ist - und zwar nicht nur in Teilräumen, sondern im ganzen Land. - Damit werden die Pläne der Fachressorts verzahnt, die besagen, was an Förderung in den einzelnen Orten und in den verschiedenen Räumen auf Fachgebieten zu geschehen hat.

Eine dem ganzen Lande verpflichtete Regierung - das haben wir immer wieder betont - wird bei ihren planenden Überlegungen von gesamt-räumlichen Zusammenhängen ausgehen müssen. Auch das Entwicklungsprogramm Ruhr besteht ja nicht zuletzt aus einer Bündelung von Förderungsmaßnahmen, die zum Teil weit über das Ruhrrevier im engeren Sinne hinauswirken.

Zentral für das ganze Land

Im Zusammenhang mit den für das Land bereits erarbeiteten oder in der Entstehung begriffenen Planungen sind die planerischen Abstimmungen mit dem Bund zu sehen, die jetzt möglicherweise bei der Finanzreform von noch größerer Bedeutung sein werden. Auf Grund des Bundesraumordnungsgesetzes sind in Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Landesregierungen die Räume abzugrenzen, für die besondere Förderungsmaßnahmen notwendig sind. Das sind einerseits die Verdichtungsgebiete und andererseits die hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete. Die zuerst genannte Abgrenzung ist erfolgt, die Festlegung der zurückgebliebenen Gebiete soll jetzt in Angriff genommen werden.

Dazu kommt die vom Bund und von den Ländern gemeinsam zu gestaltende Planungsarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben. Aus diesen an verschiedenen Stellen betriebenen Planungen und Programmen läßt sich ein sehr ins Detail gehender Überblick über die im einzelnen beabsichtigten Maßnahmen gewinnen, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Art als ihres Raums. Aber: was sachlich nützlich und politisch notwendig ist, ist die Zusammenfügung aller wesentlichen und bedeutsamen Planungen und Absichten in einer zusammenfassenden Darstellung im Landesmaßstab.

Kassmann muß säubern

Unmittelbar nach dem Abschluß der Arbeiten an dem Entwicklungsprogramm Ruhr sind in der Staatskanzlei die Vorarbeiten für diese Gesamtdarstellung der strukturellen Entwicklungen des Landes begonnen worden. Daraus wird in diesem Jahr das Landesstrukturprogramm hervorgehen. Natürlich wird ein solches Landesstrukturprogramm von den bereits getroffenen Einzelentscheidungen ausgehen und sie übernehmen müssen.

Mit in dieses Gesamtstrukturprogramm gehört der Generalverkehrsplan. Die dazu noch von der vorigen Landesregierung erstellten Arbeiten ließen bei einer durch Minister Kassmann vorgenommenen Bestandsaufnahme beinahe den Eindruck aufkommen, daß es sich nach Zeit und Umfang geradezu um ein säkulares Vorhaben handelte. Was dort alles an einzelnen wissenschaftlichen Forschungsuntersuchungen zusammengetragen worden ist, wird jetzt mit großem Nachdruck auf praktisch verwendbare, konkrete Ergebnisse hingeführt.

Ich habe bei einer früheren Gelegenheit gesagt, die Koalitionsfraktionen und die Regierung wären schlecht berater, wenn sie glauben, nur in ihren Reihen Sachverstand zu haben. Jeder Beitrag konstruktiver Art, der aus dem Parlament kommt, wird der Regierung gleich lieb sein und auf die sachlichen Verwirklichungsmöglichkeiten hin überprüft werden müssen.

Arbeitnehmer sind am Zuge

Wo stehen wir heute? Die Antwort auf diese Frage darf uns gemeinsam mit Genugtuung erfüllen, obwohl wir sicherlich nicht die Schatten übersehen dürfen, die vor allen Dingen durch die Währungsstützungsmaßnahmen auf die Wirtschaft gerade dieses unseres Landes fallen. Dabei möchte ich meine große Reserve anmelden gegenüber der Anregung, in den Lohnforderungen der Gewerkschaften eine Gefährdung der Wirtschaftsstabilität zu sehen. Ich weiß, wie schwer die Verwirklichung dieser Lohnforderungen in einer solchen Situation sein wird.

Aber ich glaube jedoch auch, daß man um der sozialen Progressivität unserer Gesellschaftsordnung willen erkennen und anerkennen muß, daß die Arbeiterschaft in einem besonderen Maße das hat tragen müssen, was Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller die sozialen Abschleppkosten der Krise genannt hat: Wenn bisher die Pluspunkte nach der einen Seite hin in besonderem Maße zu Buche geschlagen sind, wird man nicht verkennen dürfen - wenn man das Wort von der sozialen Symmetrie ernst nimmt -, daß dieses Mißverhältnis durch Pluspunkte auch nach der anderen Seite hin ausbalanciert werden muß. Die Lage unserer Wirtschaft ist heute so, wie wir alle miteinander sie um die Jahreswende 1966 und am Anfang des Jahres 1967 auch in unseren optimistischsten Hoffnungen nicht erwartet haben. Was wir auf dem Gebiet der Entwicklung des Ruhrgebietes erlebt haben, welche Anerkennung wir dafür allenthalben finden, geht aus einem Briefe hervor, den ich von einem Manne bekommen habe, der gerade auch innerhalb der CDU hoch in der Achtung steht. Professor Roman Schnur schrieb mir: "Mit großer Interesse und mit besonderer Genugtuung sehe ich, daß die politische Arbeit für die Verbesserung der Situation des Ruhrgebietes große Früchte trägt. Das gilt nicht nur für den Ruhrbergbau, sondern auch für die sich schon abzeichnende Erfüllung des Entwicklungsprogrammes. Dies alles sind doch wirklich große Leistungen."

Wie werden die Weichen gestellt?

Es geht um die Zusammenarbeit von Sport und Staat

E.D.Sch. - Die Bundeszentrale ist tot - es lebe der "Deutsche Sportrat". So könnte man mit einem Hauch von Übermut den "Wettstreit" um die beste "Kooperationsform" zwischen Sport und Staat, etwa zur Halbzeit der Diskussion um die Zukunft des bundesrepublikanischen Sport und seiner internationalen Stellung bezeichnen. Obwohl Bundesinnenminister Ernst Benda in der "kleinen Sportdebatte" des Bundestages bei der Diskussion um den "Olympischen Vierjahresplan" der CDU/CSU-Fraktion, der viele alte Bekannte aus dem SPD-Sportförderungsantrag vom 28. Juni 1967 zu Tage brachte, vor einem Wettrennen der Fraktionen und Parteien um die ersten und besten Lösungen warnte, hat er selbst diese Warnung wohl etwas neutralisiert.

Das Problem der Weichenstellung für die Zukunft des deutschen Sports ist zu brisant sowie gesundheits- und gesellschaftspolitisch zu bedeutsam, als daß aus einem zusammengewürfelten "Eintopf" ein schmackhaftes und lukullisches Sportmenü in Form eines wirkungsvollen Kooperations- und Sportförderungsinstrumentes auf dem Tisch des deutschen Sports servieren könnte. Für die SPD war das "Nachtprodukt" einer "Bundeszentrale" für Sport ebenso wenig eine Realität, als es für den Deutschen Sportbund und seine Mitgliedsverbände annehmbar erschien. Anders dagegen die detaillierten Pläne der Sozialdemokraten zur Konstituierung eines "Deutschen Sportrates", der im Kern auch die Vorstellung des Präsidenten des DSB und NOK, Willi Daume, vom "runden Tisch" des Sports beinhaltet.

Zum erstenmal in der Geschichte des bundesrepublikanischen Sports bietet sich hier die Möglichkeit zu einem echten sportlichen Teamwork zwischen Sport und Staat. Partnerschaftliches Zusammenwirken von Sport, Bundestag, Bundesregierung, den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden in einem mit wirkungsvollen Rechten ausgestatteten "Deutschen Sportrat" könnte dem deutschen Sport einen neuen Aufwind geben, und dies nicht nur mit Blickrichtung auf die XX. Olympischen Spiele 1972 in München. Die im parlamentarischen-sportpolitischen Wettstreit nicht müden Freien Demokraten ließen während der Bundestagsdebatte durch ihren Sportexperten Werner Kubitza erkennen, daß sie die SPD-Vorschläge für akzeptabel halten. Klänge der Zustimmung und der Realisierungsmöglichkeiten kamen auch aus Kreisen des Deutschen Sportbundes in Frankfurt. Eine zügige Verwirklichung dieses "Deutschen Sportrates" könnte den deutschen Sport von dem Gefühlsdampf der "Minileistungen", des Kompetenzstreites und des nur Redens statt Handelns befreien. Die verfassungsrechtlichen Bedenken von Bundesinnenminister Ernst Benda zu den konkreten Plänen der SPD erscheinen mehr als eine politische Intervention als sachlich gerechtfertigt. Sollte der Bundesinnenminister in der Tat ernsthafte, rechtliche Bedenken an einer "konzentrierten Aktion" im Sport haben, so wäre interessant zu wissen, wie man sich die rechtliche Verwirklichung der inzwischen zu den Akten gelegten Pläne einer "Bundeszentrale für Sport" im Innenministerium vorgestellt hatte.

Kommunisten halten Einzug ins Europäische Parlament

Veränderte Einstellung zur europäischen Integration?

Von Werner Rennew

Die Debatten des Europäischen Parlaments in Straßburg dürften ab März lebhafter und attraktiver, aber auch weit kontroverser als bisher werden. Die Anhänger des supranationalen, integrierten Europas werden ihre Überzeugungen künftig nicht nur gegenüber den Vertretern des "Europa der Vaterländer", sondern auch gegenüber der kommunistischen Ideologie verteidigen müssen. Denn den 17 gaullistischen Abgeordneten am rechten Flügel werden ab 10. März 1969 sechs italienische kommunistische und zwei linkssozialistische Parlamentarier auf dem linken Flügel des Europäischen Parlaments gegenüberstehen. Erstmals sind damit Angehörige einer westlichen kommunistischen Partei offiziell in einem Organ der Europäischen Gemeinschaft vertreten.

Mit der jetzt in der italienischen Kammer und im Senat vollzogenen Neuwahl der italienischen Parlamentarier-Delegationen für das Europäische Parlament und die Beratende Versammlung des Europarates ist ein seit 1963 andauernder Streit um die Zusammensetzung der italienischen Gruppen und um die Entsendung von kommunistischen Abgeordneten ins Europäische Parlament beigelegt worden. Das bisher so sehr erdrückende, die Fraktionsstärke in Europa-Parlament und Europarat verfälschende Übergewicht der italienischen Christdemokraten wurde jetzt endlich beseitigt. Anstatt bisher 27 werden dem Europäischen Parlament jetzt nur noch 15 italienische christlich-demokratische Abgeordnete angehören. Ihnen dürfte sich wahrscheinlich der Abgeordnete der Südtiroler Volkspartei (VSP) anschließen. Die Vereinigte Italienische Sozialistische Partei wird sieben statt bisher drei Abgeordnete nach Straßburg entsenden, hinzu kommt ein Republikaner. Damit ergibt sich für das Europäische Parlament künftig folgende Verteilung: Sozialdemokratische Fraktion 38 Mitglieder, christlich-demokratische Fraktion 56, liberale Fraktion 28, gaullistische Fraktion 17 Abgeordnete. An der Spitze der sechs kommunistischen italienischen Politiker wird der zu dem rechten Flügel der KPI zählende Giorgio Amendola stehen. Der Gruppe gehört u.a. die Lebensgefährtin des verstorbenen KPI-Chef Togliatti, Tilde Jotti, an. Der KP-Gruppe werden sich noch je ein Abgeordneter der italienischen Links-Unabhängigen und der Proletarischen Sozialisten anschließen. In der Beratenden Versammlung des Europarates werden dagegen auch künftig keine Kommunisten vertreten sein. Dieser äußere Widerspruch hat seinen Grund wohl darin, daß die Mitglieder des Europarates gleichzeitig in der Versammlung der Westeuropäischen Union sind und in dieser Eigenschaft Zugang zu militärischen Informationen über das westliche Verteidigungsverständnis haben.

In den Wandelgängen des Europäischen Parlaments wird bereits darüber diskutiert, ob der KP-Gruppe Fraktionseigenschaft zuerkannt werden soll. Für die Bildung einer Fraktion im Europäischen Parlament ist eine Mitgliederzahl von mindestens 14 Abgeordneten notwendig, so daß die achtköpfige Links-Gruppierung vorerst nicht die gleichen finanziellen und technischen Erleichterungen wie die vier bestehenden Fraktionen beanspruchen kann. Eine Änderung könnte hier nur durch die

Herabsetzung der Mindeststärke der Fraktionen, d.h. eine Änderung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments erreicht werden. Allerdings dürfte sich dieses Problem in sofern bald von selbst lösen, wenn die Parlamente anderer EWG-Länder, in denen Kommunisten vertreten sind, ebenfalls KP-Abgeordnete in die europäischen parlamentarischen Versammlungen wählen. Bereits heute scheint festzustehen, daß Luxemburg einen Kommunisten in das Europäische Parlament delegieren wird. Würde schließlich noch die KP Frankreichs berücksichtigt, so wäre die Zahl von 14 kommunistischen Mitgliedern im Europäischen Parlament sicher rasch erreicht. Das Europäische Parlament könnte dann endlich ein echtes Spiegelbild der politischen Meinungen in den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft sein.

Dies war bisher aus zwei Gründen nicht möglich: Einmal basierte das europäische Einigungswerk zum Teil auf einer antikommunistischen Ideologie, war es doch nicht zuletzt in den fünfziger Jahren auch aus der Furcht vor einer Aggression aus dem Osten hervorgegangen. Zum anderen lehnten die westeuropäischen Kommunisten selbst die Europa-Institutionen sehr lange als "monopolkapitalistische Organisationen" ab. Hier scheint in letzter Zeit ein auffallender Wandel eingetreten zu sein. Aus Anlaß der Neuwahl der italienischen Delegation sagte Amendola, die Kommunisten wollten sich im Europäischen Parlament mit den Fragen "Klein-Europas" besser vertraut machen und die Möglichkeiten für neue Kontakte mit allen Kräften der Linken nutzen, um den Kampf gegen die Monopole, den Militarismus, den Revanchismus und für den Frieden und die Überwindung der Blöcke in Europa voranzutreiben...

Schon seit einigen Jahren fordern die kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften der EWG eine Vertretung im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Gemeinschaft. Besonders bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Gedankengänge, die der Exponent des linken Flügels innerhalb der Vereinigten Italienischen Sozialisten, Ricardo Lombardi, jetzt in einem Artikel der Zeitschrift "Internationale Politik" geäußert hat. Er schreibt u.a. wörtlich: "Das dürfte meiner Ansicht nach von den westlichen Kommunisten verlangen, die europäischen Probleme, die sie bisher zum Standpunkt der sowjetischen Interessen zu beurteilen pflegten, viel nüchterner und interessierter als je zuvor anzusehen. Ich persönlich habe das Gefühl, daß die westlichen Kommunisten von einer Logik erfaßt sein werden, die mit einer Geringschätzung des Problems der europäischen Einheit unvereinbar ist. Es sei damit nicht gesagt, die Kommunisten hätten für diese Probleme keinerlei Interesse an den Tag gelegt, doch läßt sich aber die Tatsache nicht leugnen, daß sie die größte Aufmerksamkeit den Problemen des "nationalen Weges zum Sozialismus" und nicht die gleiche (oder überhaupt gar keine) Aufmerksamkeit dem europäischen Weg zum Sozialismus gewidmet haben."

Die Beteiligung der Kommunisten in den europäischen Institutionen könnte nicht zuletzt dazu beitragen, die EWG für die osteuropäischen Staaten als Modell einer übernationalen europäischen Zusammenarbeit attraktiver zu machen und somit die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu erleichtern.